

Hallesche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Hallesche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Verkaufspreis beträgt 1.60 Reichsmark, durch Postzusendung 1.70 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Postgebühren. © 1925 der Verlags-Anstalt: Zeitungs-Verlag Halle. Die Anzeigen werden nach Kolonial-Zeilen berechnet, die Zeile 0.85 Reichsmark.

Die Anzeigen, die im gleichen Wertort in der „Allgemeinen Zeitung“ erscheinen, besonders Ermäßigung. Verlagsort, Neue Promenade 12 u. 6. Druckhausstraße 17. Preisverleger: Conrad-Dummer 7331. Druck-Verlag: „Einkaufsgesellschaft“ Halle. Druck-Verlag: Kaufhaus Reinhold Schneider, Halle. Postfach-Nr. 22315. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Reichspräsident empfing das Präsidium der Kolonial Reichsarbeitsgemeinschaft, Gouverneur a. D. Seitz (deutsche Kolonialgesellschaft), General v. Epp (deutscher Kolonialkriegsverband), Reichsminister a. D. Gehrmann v. Jäglow (Reichsverband der Kolonialdeutschen) sowie Gouverneur a. D. Menner-Kalbed (Afrikaschutz) und nahm deren Bericht über den Zusammenhalt zur Kolonial Reichsarbeitsgemeinschaft entgegen.

Zu den Gerüchten über Kandidaturen des Reichsministers Dr. Stresemann, von denen einige Berliner Blätter wissen wollen, erklärt die Reichsleitung, daß diese Gerüchte als jeder Grundlage entbehrend anzusehen sind.

Das Erscheinen der endgültigen Fassung des großen parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Ursachen des deutschen militärischen Zusammenbruchs im Herbst 1918 steht unmittelbar bevor.

In der Vollziehung des hessischen Landtags wandle sich Ministerpräsident Dr. Heß vor Eintritt in die Tagesordnung mit einer längeren Erklärung gegen die beabsichtigte Regelung des Finanzverhältnisses zwischen Reich und Ländern sowie gegen die geplanten Kontingente der Finanzverwaltung der Länder und Gemeinden. Die Erklärung des Ministerpräsidenten wurde von dem vollzogenen Saale mit Zustimmungsgeschieden aufgenommen.

Nach seiner Abreise aus Köln landete der österreichische Bundesminister Schneider an Oberbürgermeister Adenauer ein Telegramm, in dem er für die unbefristete Gastfreundschaft seinen Dank und die Hoffnung ausspricht, daß Dr. Adenauer und die Vertreter der schönen Stadt Köln bald in Oesterreich begrüßt werden können.

Das Mitglied der Studiengesellschaft zur Erforschung der Aetis, Hauptmann Braun, begibt sich am Donnerstag nach Moskau. Er trifft dort mit Prof. Kriloff Hanen, um mit diesem gemeinsame Forschungen mit der russischen Regierung über die geplanten Zerpulverexpedition nach dem Nordpol aufzunehmen. Braun wird ferner mit der Sowjetregierung Verhandlungen über sein Luftschiff-Verkehrsprojekt Europa-Japan führen. Zu die geplante Route aus Sibirien nach Ostindien und in der Pfalz sind auch verschiedene russische Gebiete kreuzen, ist ein Einverständnis der russischen Regierung erforderlich.

Am englischen Unterhaus fragte Kennworthy den Generaldirektor, wann der Telephondienst zwischen Norddeutschland und der englischen Nordküste eingerichtet werden würde. Dieser erwiderte, daß ein telephonischer Dienst zwischen England und Deutschland in etwa zwölf Monaten eröffnet werden könne. Die Leitung werde durch Holland gehen.

Die Zahl der amtlich gemeldeten Arbeitslosen in England betrug am 6. Juli 1 300 300, d. h. 275 740 mehr als zur entsprechenden Zeit des Vorjahres.

„Coenias Times“ meldet aus Kempton: 113 Kanister der Vereinigten Staaten fordern in einem Protest den Einbruch des Präsidenten gegen die Auslieferung der deutschen Vermögens in den Vereinigten Staaten und die Verschlagung wurde für die gefährdeten amerikanischen Anteilhaber.

Nach einer Times-Nachricht liegen nur wenig Anzeichen dafür vor, daß die Gärung in China abnehme. In Hongkong, wo sich die Zahl der Arbeitslosen vermehrt habe, liege eine schwache Besserung der Lage zu Tage; doch liege die Festhaltung des Streiks noch keineswegs abgesehen.

Der amerikanische Senator Pepper, ein Mitglied des auswärtigen Ausschusses, erklärte, daß Amerika Beitritt zum Völkergerichtshof auf Grund von Verhandlungen mit dem Völkergerichtshof bei den Einrichtungen dieses Gerichtshofes geschehen würde, sich leichter vollziehen werde als bei den Vorbehalten, die sie bisher vorgeschlagen worden seien. Pepper erklärte weiter, daß er eine Entschädigung einzuwirken habe, die dem Senat vorgelegt werden soll und die seine Bedingungen enthält. Er glaube, daß diese Anregungen von den Nationen, die den Völkergerichtshof geschaffen hätten, angenommen werden würden.

Das amerikanische Staatsdepartement ist mit den Signaturarbeiten des Neunmächtevertrags in Verbindung getreten, um so bald als möglich in Bezug eine Konferenz einzuberufen. Wie verlautet, ist Präsident Coolidge der Ansicht, daß die Konferenz die Zollfragen die Exterritorialität und alle anderen Fragen des Washingtoner Abkommens betreffen soll. Mit Großbritannien oder Japan habe Amerika noch kein Abkommen über China abgeschlossen.

Englisch-russische Dauerkrise.

Ratowski — Chamberlain.

Die britisch-russischen Gegenläufe.

Heute liegen über die bedeutungsvolle Unterredung Ratowskis, des russischen Sondergeheimen, mit dem englischen Außenminister über die englisch-russischen Beziehungen nähere Nachrichten vor. Sie lassen darauf schließen, daß zwar formell alles klar verlautet ist, daß aber die englisch-russischen Gegenläufe keineswegs überhört sind. Laut „Manchester Guardian“ erhob Chamberlain wegen der letzten Ereignisse in China gegenüber Ratowski energische Vorstellungen. Er ersuchte ihn, an die Sowjetregierung mitzufahren, daß die britische Regierung die russische Einmischung in Fragen, die ausschließlich China und Großbritannien angehen, nicht unbegrenzt dulden würde.

In amtlichen britischen Kreisen wird über die Unterredung Stillschweigen beobachtet. Es wird darauf hingewiesen, daß Chamberlain noch vorgestern nachmittag im Unterhaus erklärte, er könne nicht sagen, daß die Propagandaaktuelle des englisch-russischen Handelsabkommens von der Sowjetregierung loyal ausgeführt worden ist. Weiter wird in politischen Kreisen betont, daß die letzten Ereignisse in China nicht dazu angetan seien, die britische Regierung von dieser Ausstellung abzubringen, und es sei daher im Gegenteil, zu allen anders lautenden Meldungen anzunehmen,

daß auch die vorgelegten, von Ratowski auf Grund seiner Moskauer Reise gemachten Mitteilungen nichts an der bestehenden Lage zwischen Rußland und Britannien geändert hätten. (Wie bekannt, gründet sich die Politik der britischen Regierung gegenüber Rußland auf die beiden folgenden Hauptforde-

runge: Einstellung der antibritischen Bewegung und Liquidierung der russischen Schulden an England.)

Reuter veröffentlichte eine Unterredung mit Ratowski, in der dieser mitteilte, daß bei seiner Unterredung mit Chamberlain die Frage eines Bruchs mit der russischen Regierung nicht erörtert worden sei;

daraus ziehe er jedoch keineswegs den Schluß, daß die Beziehungen zwischen der russischen und der britischen Regierung vollkommen normal seien. Dies zu behaupten würde bedeuten, die öffentliche Meinung in Rußland und England irrezuführen. Es bestehe eine Krise. Diese Krise sei tatsächlich chronisch.

Die russische öffentliche Meinung sei der Ansicht, daß in Rußland niemand vorhanden sei, der nicht die Schaffung vollkommen normaler Beziehungen zu England wünsche. Nicht ein einziges russisches Blatt führe einen Fehlschlag zu Gunsten eines Abbruchs der Beziehungen an. In England dagegen habe ein Teil der öffentlichen Meinung dauernd eine geladene Pistole in der Hand, die sich gegen die Sowjetunion richte. Ratowski erklärte weiter, das Sowjetprogramm stehe der Entwicklung der Handelsbeziehungen in Europa nicht im Wege. Rußland brauche ausländisches Kapital. Mit Bezug auf China stellte Ratowski in Abrede, daß die Vorlesung Karachans an der Universität in Peking im Februar eine Spitze gegen England enthalten habe. Verschiedene Provinzen in China seien ein Mittelpunkt von Wladimirsoff-Weißrussler-Offiziere (?) geworden. Die Sowjetregierung sei stets der Ansicht gewesen, daß eine Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern auch die politischen Bande zwischen ihnen trügten werde.

sich eingehend mit der deutschen Antwort beschäftigen, um die Stellungnahme der Reichsregierung festzulegen. Die Ministerpräsidenten der Länder sollen am Donnerstag über den Inhalt verständigt werden, die am Freitag der Sonntags dem Auswärtigen Ausschuss mitgeteilt werden soll und gleichzeitig abgehandelt werden dürfte.

Die „Times“ melden aus Paris, der alliierte Militäratrat tagt seit Montag wieder in Versailles. Man bringt die Tagung mit der Entlastungsfrage in Zusammenhang und mit den neuen Schwierigkeiten. Die durch die Verzögerung der Erfüllung der letzten Entlastungsnotizen durch Deutschland entstanden sind.

Die Londoner „Morningpost“ meldet, die alliierten Vorkämpfer in Berlin erludten am Sonnabend erneut die Reichsregierung um Bescheinigung der Beantwortung der Entlastungsnotizen. Es sei möglich, daß eine längere Verzögerung der Beantwortung zu Rückwirkungen in der Räumungsfrage führen kann.

Frankreichs farbige Truppen.

Es haben Frankreich im Weltkrieg getretet, und jetzt stellen sie Frankreich die Waffenfrage. Die Entscheidung hängt in sehr hohem Maße von der weißen Frau ab. Nach dem Bericht des Obersten Fabry zum Kriegshaushalt von 1923 rechnet Frankreich mit einer Friedensstärke von 600 000 Mann, davon 200 000 farbige; mit einem ersten kriegerischen Aufsebot von 1 600 000 in moderner Kriegsausrüstung ausgebildeten farbigen, einem Gesamtanfsebot von 5 300 000 Weissen, und da diese sich nicht unbedeutend ergänzen können, mit einer bei längerer Kriegsdauer folgenden Bewegung des französischen Heeres, das zurzeit einen farbigen auf drei Soldaten zählt, bei längerem Kriege aber 6 farbige auf 10 Soldaten zählen, also ein überwiegendes farbigenheer werden würde.

Was des für Frankreich bedeutet, zeigt die Tatsache, daß heute die innerfranzösischen Carnarunen von 6-8 v. S. Malatengburten aufweisen, daß eine Stadt wie Marseille eine sehr hohe farbige Bevölkerung von 10 000 Adressen zeigt. Was das für Deutschland bedeutet, zeigt uns die schwarze Schwarm am Rhein, zeigt Frankreichs heißes Streben nach ihrem Eintritt in den Weltbund, der ihm das Durchsrecht geben soll, d. h. das Recht, unsere Rasse, unsere Saat mit fremdem, geringerm Blut zu vermischen und mit dem deutschen Blut die deutsche Seele zu zerbrechen, denn „was im Gebirge, ist auch im Gemüte“. Wir hingegen wollen uns nicht, uns aufordern, der Feind an Rhein, Saar, Ruhr jedoch uns zu vermischen und verneigen.

Ueber Frankreichs Weißrussifizierungspläne, die mit Hilfe der farbigen erzieht werden sollen, berichtet der Schwabe Carl Larin, Leiter des „Deutsche Tagblattes“ in „Ein Widerspruch über Rhein und Aequator“. Es ist eine Schrift von übergeordnetem Belange und Wert. Der Franzose hat seine farbigen Regimenter bis 65 v. S. in den Stämmen des Weltkrieges aufgezogen. „Dafür gehört der farbige Heere zur französischen Familie“, er ist gleichberechtigt; die Ehrfurcht vor der weißen Rasse hat er eingebüßt, die weiße Frau ist ihm heute weder Göttin noch unerreichtbar. In den bestellten, gequälten Städten des Rheinlandes hat er „Sieger“ die Hochachtung vor den Weissen verloren gründlich verlernt, was auch das Ziel war, das Frankreich erstrebte. Freilich hätte der Heere eine Vorstufe dafür unter französischer Leitung durchgeführt, deren Wirkung unbedeutend wäre.

Im unfernen uns graublen Kolonien teilen die Eingeborenen heute um unsere Rasse. In den französischen Kolonien haben die farbigen den Franzosen bezaubert und haben gelernt. Sie können Rache für alle Unfälle festhalten, der Franzose braucht sie, keine Rache. Der Franzose beruht auf ihren Vorkonten, und wenn erst von 10 französischen Bataillonen 6 in farbiger Hand sind, dann ist eben der Tag der farbigen gekommen. Diese Gebanke prüft der eine Zeit im Aufzuge stehende Reichsrat Altm Hanga in „Die schwarze Weile“ aus. Er will beim nächsten Krieg Militärfreit in und Rache an Frankreich.

Der Heere der Vereinigten Staaten, der die Gleichberechtigung dort nicht beugt, will Freiheit und Recht, die farbigen Soldaten und Australiens, die Gebirgenen Indiens erziehen, das gegen England, Japan, die Weltmacht...

Berliner Brief.

Von unserer Berliner Vertretung.

Die Verzögerung der Antwortnote.

Berlin unterläßt sich über die Gründe der unerwarteten Verzögerung der Abendung der Antwortnote. In den Fraktionen und auch in den Regierungskreisen selbst bilden sie Hauptgesprächsgegenstand. Noch frenger als bisher schleicht sich das Respekt des Außenministers ab, es wird keine Auskunft gegeben.

Welche Vorgänge zu der Verzögerung geführt haben, kann der Außenminister wohl nicht mitteilen, aber nicht als Postivum wissen. Selbst die besten Parteifreunde Stresemanns schweigen. Jedenfalls müssen in der Zwischenzeit Störungen eingetreten sein.

Wenn man Dienstag in den Fraktionen andeutete, daß Stresemanns Antwortentwurf doch nicht ohne Korrekturen das Reichsabinett passieren wird, so gibt man damit eigentlich nur eine Meldung der Londoner Times vom Sonntag wieder. Wir geben aber dieses nur wieder als Streiflicht, das die politische Situation überdeckt, und weil die Fraktionen selbst ihre Kombinationen auf diese Timesmeldung aufbaut.

Nach uneren Informationen ist die Verzögerung der Antwort nur formaler Art, aber Ergänzungen des Antwortentwurfs sind eingetreten. Dennoch wird in wenigen Tagen die deutsche Note in Paris sein. Das ist der Besuch des englischen Botschafters im Auswärtigen Amt am letzten Sonnabend in Verbindung mit der Verzögerung der Antwortnote zu bringen ist, wird an unerrichteter Stelle mit Entschiedenheit bestritten.

Bindung auf Kündigung in der Zollvorlage.

Aus dem Sinn und Ser der Parteipredigten über die Zollvorlage ist bei Abgang dieses Berichtes ein neues Moment hervorzuheben. Von der Wirtschaftspartei geht der Vorschlag aus, der von den übrigen Regierungsparteien so gut wie angenommen ist. Zunächst sollen die Fraktionen lediglich dem Kanzler vorzulegen, für eine Erledigung der Zollvorlage bis zu dem vom Kanzler fest gesetztem Termin, Ende Juli, einzutreten. Damit würde für jetzt die Situation geklärt und, wenn die Plenarberatung neue Schwierigkeiten ergeben, bliebe es jeder Partei überlassen, der neuen Sachlage Rechnung zu tragen. Also eine Bindung auf Kündigung.

Möglichstweise ist dieser Vorschlag schon in 12 bis 24 Stunden wieder durch einen anderen überholt worden, aber wir glauben Grund zur Annahme zu haben, daß die Regierungsparteien dem Kanzler Zusage geben, die zunächst den Beginn der Plenarberatungen ohne Schwierigkeiten sicherstellen. Und wir glauben ferner, daß trotz des Kampfes der Demokraten und der Sozialdemokraten die Reichsregierung Siegerin in der Zollvorlage bleibt, wenn die Regierungsparteien nur ihren letzten Mann für die Vorlage ins Treffen führen. Seit Dienstag sind Anläufe dazu reichlich vorhanden.

Ruhräumung, Kommunistenpektal.

Die Ruhräumung macht vor Düsseldorf und Duisburg vorläufig Halt. Es sei denn, daß Deutschland die letzte Entwaffnungsaktion angenommen hat. Die Demarche der Botschafter in London und Paris soll einen Erfolg nur soweit gebracht haben, als Deutschland das Entgegenkommen nach obiger Voraussetzung in Aussicht gestellt wurde. Eine offizielle Angabe der Ruhräumung liegt auch heute noch nicht in Berlin vor.

Wegen Überlastung des Landtagsgebäudes an die Kommunistische Partei Deutschlands in den roten Parteien am Sonntag und Montag haben die Rechtsparteien des Landtages Besprechungen aufgenommen, die auf einen einmütigen Protest gegen den Landtagspräsidenten abzielen. Die Beratungen des kommunistischen Parteiages, an dem bekanntlich auch 12jährige grüne Jungen teilnahmen, arteten in eine unerhörte Verhöhnung der Reichshellen aus. Was gegen den Reichspräsidenten und die Reichsminister an Beschimpfungen geleistet wurde, ist immer unter hohnvollem Freudenlach der kommunistischen Delegierten, ist so groß, daß wir auch nicht abzumessende auf den Inhalt eingehen können. Das Geleß zum Schutze der Republik verlagert bei dieser roten Gesellschaft.

Um die Antwortnoten.

In Sachen Sicherheitspakt und Entwaffnung.

Nach seiner Rückkehr aus Dresden hatte der Reichstagspräsident Dr. Luther im Reichstage eine Besprechung mit den Ratsmitgliedern, die sich mit laufenden Angelegenheiten befaßte, in der aber auch die deutsche Antwortnote auf die Briandische Note über den Sicherheitspakt beprochen wurde. Mittwoch soll das Ratsmit-

